



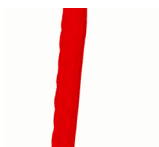
■ schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Feldkirch, P.b.b. GZ 02Z033923 M



Freie LehrerInnen
FSG-Unabhängige - SLV - VLI

- 
- Krisenmanagement
 - Schulreform jetzt!
 - Erfreuliche Nachrichten
 - Situation der LehrerInnen im Ländervergleich

Liebe LeserInnen,

wo gearbeitet wird, passieren leider auch **Fehler**. So geschehen in der letzten Ausgabe der Schulnotizen. Wir haben zum kritischen Bericht „Die leidige Montessori-Diskussion“ ein Bild veröffentlicht, welches - wie wir erst später erfahren haben - das Logo der Freien Montessori Schule Altach ist. Das tut uns leid und dafür möchten wir uns entschuldigen.

Momentan hochaktuell: Wie gehen wir mit schwierigen Schülern um, welche Maßnahmen sollten gesetzt werden, braucht es Gesetzesänderungen, welche Unterstützung benötigen die betroffenen Schulen, LehrerInnen, Kinder und Eltern? Probleme, mit denen sich immer mehr LehrerInnen auseinandersetzen haben. Deshalb machen wir in diesem Herbst im Rahmen unserer Reihe „Brennpunkt Schule – Betroffene am Wort“ zum Thema „**Verhaltensauffällig**“ eine öffentliche Diskussionsveranstaltung. Termin, Ort und Zeit der Veranstaltung werden wir rechtzeitig bekanntgeben.

Die Schulnotizen verstehen sich als Diskussionsorgan. Aus diesem Grund wollen wir auch Bildungspolitiker zu Wort kommen lassen. Den Anfang macht **Dr. Harald Walser**, Bildungssprecher der Grünen, der immer wieder durch angriffige Äußerungen von sich hören lässt.



Nachdem die Freien LehrerInnen in letzter Zeit verschiedene Erneuerungen durchgeführt haben (Lehrerkalender, Blog, Facebook, Schulnotizen), werden wir nun darangehen auch unserer **Homepage** einem Facelifting zu unterziehen.

Weitere Informationen und die wöchentliche Mittwochsinformation gibt es wie gehabt auf dem Blog von Gerhard Unterkofler. Zusätzlich verschicken die Freien LehrerInnen mindestens einmal im Monat einen Laufzettel mit wichtigen Informationen.

Die Redaktion

- 4 **Elterngespräch - Krisenmanagement**
- 6 **Deutsch - Aufsatzbeurteilung**
- 8 **Gastkommentar von Harald Walser**
- 9 **Sie fragen - wir antworten**
- 10 **Von Schulleitern und anderen**
- 12 **OECD-Bericht**
- 15 **Nicht nur erfreuliche Nachrichten**
- 16 **Aus der Gewerkschaft**
- 18 **Bildungsangebot Batschuns**
- 19 **Ziel verfehlt**
- 20 **Bücher**

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Sozialistischer Lehrerverein Vorarlberg,
Vorsitzender Willi Schneider,
Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz

Verantwortliche Redakteure:

Armin Roßbacher, Gerhard Unterkofler

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Willi Schneider, Alice Gensberger,
Bernd Dragosits, Dieter Reichl,
Walter Moosbrugger, Harald Walser

Layout: Franz Bickel

Druck und Herstellung:

Druckerei Wenin, Dornbirn

Die Schulnotizen sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien LehrerInnen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com

Homepage: www.freielehrer.at

Facebook: Freie LehrerInnen



Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

Mitten ins Fettnäpfchen getreten ist unsere resolute Finanzministerin mit ihrer Bemerkung, dass sie sich bei der Diskussion um die Reichensteuer an die Judenverfolgung erinnert fühle. Welche Emotionen die Wörter Reichen- oder Vermögenssteuer auslösen können, konnte man auch in Vorarlbergs Blätterwald rauschen hören. Da titelte ein Kommentator seinen Bericht gegen die Vermögenssteuer mit „Rüdiger roter Reaktivismus“ und ein (linker) Emser Lokalpolitiker brachte die Forderung nach der Reichensteuer mit dem Antisemitismus in Verbindung.

Doch die SPÖ kann sich getrost zurücklehnen und zuschauen, wie immer mehr Konservative umzudenken beginnen und verstärkt von den Reichen und Wohlhabenden verlangen, ihr Scherflein zur Budgetkonsolidierung beizutragen.

Auch der „Economist“, die Bibel der Kapitalisten, fordert eine höhere Vermögensbesteuerung.

So verkündete der „Economist“, die Bibel der Kapitalisten, in einem Bericht, dass unsere Defizite nicht durch Sparen reduziert werden können, ohne dass dabei die Wirtschaft

Schaden nehme. Außerdem habe die Globalisierung den Gewinnern, so der „Economist“, generöse Wohlstandszuwächse gebracht. Der „Economist“ weiter: Die Forderung nach höheren Beiträgen der Reichen habe nichts mit Klassenkampf zu tun, sondern mit Mathematik. Klar, denn wer den Mittelstand und die Unterschicht weiter schröpft, der schädigt die Wirtschaft. Wer ein ganz klein wenig von den Reichen nimmt, schädigt in Wirklichkeit niemanden, nicht einmal die Reichen.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Das Geld, welches wir für das Budget benötigen, kann nur von den Reichen kommen. Solidarität ist gefordert, außerdem wird auf längere Sicht unser Staat nur dann funktionieren, wenn auch die Unter- und Mittelschicht, die schon längst ihren Beitrag geleistet hat, zur Überzeugung kommt, dass es im Staate Österreich gerecht zugeht. Nur wenn die Regierung verhindern kann, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinanderklafft, werden wir den sozialen Frieden erhalten können. Dann haben ja schließlich auch die Reichen etwas davon und können sich weiterhin ohne Stacheldrahtfriedung in ihren Villen sicher fühlen. Erwin Pröll scheint das jedenfalls kapiert zu haben, sogar der schwarze AHS-Gewerkschafter Eckehard Quin fordert

eine zweckgewidmete Solidaritätsabgabe der Reichen für Bildung. Unser Steuersystem muss außerdem völlig reformiert werden. Weniger Steuern auf den Faktor Arbeit, Entlastung der Unter- und Mittelschicht. Deshalb: Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer, Spekulationsabgabe, Erbschafts- und Schenkungssteuern. Bei einem Freibetrag von 800.000 bis 1.000.000 Euro braucht sich keiner in der Mittelschicht zu fürchten, wie das die ÖVP den Bürgern einreden will. Und wer Gehälter verdient, die für normale Arbeiter jenseits des menschlich Vorstellbaren sind, sollte auch dementsprechend höhere Steuern bezahlen.

UND WAS HABEN WIR LEHRERINNEN DAMIT ZU TUN?

Nun, bessere Bezahlung der JunglehrerInnen, mehr Ausgaben für Schulen und Universitäten werden logischerweise ohne zusätzliches Geld nicht möglich sein. Außerdem werden wir LehrerInnen die Folgen einer eventuellen Entsolidarisierung der Gesellschaft, die Bildung einer reichen Parallelgesellschaft und das Auseinanderdriften von Arm und Reich zu spüren bekommen: Immer mehr Privatschulen, staatliche Schulen werden zu Restschulen, immer mehr Kinder ohne Bildung und Zukunft, soziale Unruhen, Krawalle wie wir sie aus Paris und London kennen. Die Unterschicht wird sich irgendwann erheben. Garantiert!

BERUFSBEGLEITENDE LEHRERINNEN-AUSBILDUNG

Personalvertreter verlangen es schon lange. Und nachdem ich Anfang April in einem Radiointerview zum Thema Lehrermangel eine berufsbegleitende LehrerInnenausbildung für Quereinsteiger gefordert hatte, kamen ähnliche Töne auch aus dem Büro von Landesrat Siegi Stemer. Nun scheint auch die PH-Feldkirch Nägel mit Köpfen zu machen und im Jahre 2012 zumindest die Volksschullehrerausbildung berufsbegleitend anbieten zu wollen. Etwas, was in anderen Bundesländern schon seit längerem gemacht wird. Wir von der Personalvertretung, Gewerkschaft und den Freien LehrerInnen werden aber genau schauen, ob diese Möglichkeit von der PH-Feldkirch dann auch aktiv beworben wird und nicht das Schicksal einer Seifenblase erleidet.

Berufsbegleitende LehrerInnenausbildung wird endlich realisiert.



„Du Trottel!“ oder „Bis hier her und nicht weiter!“

Bernd Dragosits (direktion@vswob.snv.at)

In den letzten Monaten haben sich die Anfragen an mich als Personalvertreter stark gehäuft. Eine Frage, welche dabei stark im Vordergrund stand ist: „Was müssen sich Lehrpersonen von Eltern eigentlich alles bieten lassen?“ Immer wieder werden Lehrpersonen von Eltern verbal wüst beschimpft. Nicht nur an Mittelschulen, sondern vermehrt auch an Volksschulen/Sonderschulen. Was kann man als LehrerIn in so einem Fall nun wirklich tun?

PRÄVENTIVE MÖGLICHKEITEN MIT TIPPS FÜR DIE FÜHRUNG VON SCHWIERIGEN ELTERNGESPRÄCHEN

Zeitpunkt selbst bestimmen

- Terminabsprache machen
- Kein Überfall zwischen Tür und Angel (weder große Pause noch direkt vor oder nach dem Unterricht)
- Den Eltern klar sagen, dass jetzt gerade keine Zeit ist, aber gerne ein Termin ausgemacht werden kann, da es ja darum geht, in Ruhe zu sprechen.

Ort

Klassenraum, Lehrerzimmer/Besprechungsraum (nicht auf dem Gang, nicht vor dem Eingang, ...)

Klares Auftreten der Lehrperson

- Es macht immer Sinn, bei einem Gespräch für die Eltern sichtbar mitzuschreiben. Dies ist viel verbindlicher und führt dazu, dass manch einer sich überlegt, wie er sich äußert.
- Immer möglich ist es auch, das Gespräch gemeinsam mit einer Kollegin/einem Kollegen als Zeugen zu führen.

Penible Vorbereitung

- Alle Unterlagen durchschauen und bereithalten
- Argumente und Begründungen aufschreiben
- Sich überlegen – was tue ich, wenn ...
- Ziel der Besprechung
- Information für die Eltern
- Weitere Vorgangsweise (Abmachungen / Info über externe Beratung bzw. Hilfseinrichtungen / ...)
- Wenn nötig, Nachbesprechungstermin in ca. 4 bis 6 Wochen
- Nötige Unterstützung (DirektorIn im Haus und bei Bedarf bereit, am Gespräch teilzunehmen - Vorbereitung!)

Angemessene Distanz/Nähe zu den Eltern

- Freundlicher, respektvoller Umgang
- Keine Verbrüderungen – vorsichtig mit dem schnellen „Du“!
- Wir sind Lehrpersonen / Erzieher / Respektspersonen – keine Freunde, Kumpel oder Sozialarbeiter.

Und wie sag ich es nun?

- Wer hört schon gerne, dass sein Kind etwas nicht kann oder gar massive Probleme hat?
- Daher immer zuerst die positiven Aspekte ansprechen – Hoffnung geben.
- Dann aber klar sagen, wo das Problem liegt und immer versuchen, einen Lösungsvorschlag / Unterstützungsvorschlag zu machen.

KRISENMANAGEMENT - ODER: WAS TUE ICH, WENN ...

... das Gespräch entgleitet?

- Höflich, aber bestimmt abbrechen und einen gemeinsamen Termin mit dem/der Direktor/in ausmachen!
- In etwa so: „Ich sehe, wir kommen hier nicht weiter. Unsere Meinungen gehen zu weit auseinander. Ich möchte daher gerne im Beisein des/der Direktors/Direktorin versuchen, mit Ihnen eine Lösung zu finden. Wegen eines Termins werde ich mich morgen bei Ihnen melden!“

... ich persönlich angegriffen werde?

- Abbrechen, einen lauten, unhöflichen Tonfall entschieden zurückweisen, ...

... ich beleidigt werde? („Sau, Trottel“ – alles schon vorgekommen!)

- Gespräch umgehend beenden
- Information an den Direktor

- Ohne Entschuldigung, keine weitere Gesprächsbasis
- Im Extremfall Hausverbot durch den/die Direktor/in aussprechen
- Rechtlich: Anzeige (leider) nicht möglich

... **die Eltern mir drohen? (mit dem Direktor, dem BSI, ...)**

- Mit Offenheit kontern! „Das ist eine gute Idee! Ich halte es auch für sinnvoller, im Beisein von ... in aller Ruhe weiterzusprechen. Momentan scheint die Situation zu verfahren zu sein!“

... **die Eltern mich persönlich bedrohen? (Androhung von Gewalt)**

- Gespräch umgehend beenden
- Information an den/die Direktor/in
- Rechtlich: Anzeige möglich und im Einzelfall nötig – Präzedenzfall schaffen

SPEZIALFALL NOTENGEbung - ODER: WAS TUE ICH, WENN ...

... **meine Notengebung beeinträchtigt wird?**

- Den so genannten „Noteneinspruch“ gibt es nicht.
- Nach der herrschenden Rechtsauffassung haben Noten den Charakter von Sachverständigengutachten. Ihre Bekanntgabe hat nicht den Charakter eines Bescheids, der als solcher durch Rechtsmittel bekämpft werden könnte.
- Es gibt so genannte Aufsichtsbeschwerden an die Schulbehörden – diese haben aber keinen Anspruch auf rechtsförmliche Erledigung!
- Jede/r Direktor/in, jede/r BSI wird aber natürlich dem Wunsch der Eltern auf Klärung nachkommen. Das bedeutet: Offenlegung der Aufzeichnungen der betroffenen Lehrperson, Durchsicht durch Direktor/in und BSI, Entscheidung

DIE BASICS

- **Professionalität**
Kein „Pi mal Daumen“ in der Beurteilung!
- **Konfliktfähigkeit**
Angriffe souverän parieren!
- Ehrlichkeit
Klare Aussagen! Freundliches, aber bestimmtes Einfordern von Elternpflichten. Wir bemühen uns um jedes Kind – aber was geschieht unterstützend zuhause, im sozialen Umfeld, im Freundeskreis? Es ist nicht „modern“ so etwas zu sagen – aber auch die Eltern haben ihre Verantwortung wahrzunehmen!
- **Angemessene Nähe und Distanz zu den Schülern/ Schülerinnen und Eltern**
- **Zusammenarbeit mit dem Lehrerteam = Kollegium**
Sich gegenseitig stützen, bei Konflikten nicht wegschauen, keine Verbrüderung mit Schülern gegen KollegInnen, nie Konflikte vor den Schülern austragen, gemeinsame verbindliche Vorgehensweisen in Konferenzen absprechen, ...
- **Zusammenarbeit mit dem/der Direktor/in**
Einbinden / Amtsautorität einsetzen / ...

Fazit: Ruhig bleiben, professionell handeln – sich seiner Fachkompetenz bewusst sein. Wenn nötig Rat bzw. Hilfe holen!

Unsere PersonalvertreterInnen helfen Ihnen gerne
in allen dienstlichen Angelegenheiten weiter.
Die Namen finden Sie im aktuellen SLV-Kalender.



Deutsch – Aufsatzbeurteilung

Dieter Reichl (dieter.reichl@vmsalb.snv.at)

Eigentlich hat alles mit den Deutsch-Schularbeiten meines Sohnes begonnen, unter denen lapidar eine Ziffer stand. Im Informationswert ungefähr so gut wie eine Windows-Fehlermeldung. Dazu gesellte sich dann ein PI-Kurs zum Thema „Keine Angst vor differenzierten Deutsch-Schularbeiten“. Ein Beurteilungsvorschlag im Skriptum des Referenten führte schlussendlich zu der aktuellen Ausformung des Formulars zur Aufsatzbeurteilung an unserer Schule, der VMS Alberschwende.

Ansatzpunkte für die Umstellung waren in etwa die folgenden Bereiche:

- Beurteilungskriterien für jede Textsorte werden gesondert festgeschrieben.
- Kollegen / Kolleginnen korrigieren unter den selben Voraussetzungen.
- Weniger Schreibarbeit zusätzlich zur Korrektur
- Einfachere Vergleiche bei der gemeinsamen Besprechung
- Last but not least: mehr Transparenz der Benotung für SchülerInnen und Eltern

Das nebenstehende Formular kann zur eigenen Verwendung per Mail angefordert werden. Da es als Word-Dokument vorhanden ist, lässt es sich leicht aktualisieren und digital verarbeiten. Anfragen an: bickel.franz@gmx.at



www.freielehrer.at



Übungsaufsatz - Beurteilung

Thema: Tierbeschreibung „Hund“

Punkte		
2	1	0

1. Inhalt					
11	Das Tier wurde in thematisch passender Reihenfolge (Vorbereitung, Gliederung) beschrieben.				Die Beschreibung weist viele Sprünge auf. (Vorbereitung, Gliederung).
12	Die Beschreibung enthält alle wichtigen äußeren Merkmale und Eigenschaften des Tieres.				Wichtige Merkmale oder Eigenschaften des Tieres fehlen.
13	Überleitungen zwischen den einzelnen Merkmalen wurden passend verwendet.				Kaum Überleitungen zwischen den einzelnen Merkmalen
2. Ausdruck					
21	Nomen, Verben und Adjektive beschreiben treffend und genau				Die Wortwahl erscheint unpassend oder beliebig.
22	Interessante, abwechslungsreiche Satzanfänge				Wenig Abwechslung bei Satzanfängen, mehrheitlich Wiederholungen
23	Abwechslungsreicher Satzbau, Verwendung unterschiedlicher Satzverbindungen				Einförmiger Satzbau, überwiegend S-P Ketten
3. Sprachrichtigkeit					
31	Zeitform (GGW) überwiegend eingehalten, Zeitverhältnis bewältigt				Zeitformen oft gewechselt, Zeitverhältnis stimmt nicht
32	Fälle, Artikel, Verbformen, Fürwörter meist richtig verwendet				Fälle, Artikel, Verbformen, Fürwörter mehrfach nicht korrekt verwendet
33	Vorwiegend richtige Satzkonstruktionen				Konstruktionsfehler im Satzbau und/oder unvollständige Sätze
4. Rechtschreibung, Satzzeichen					
	0-2 Fehler/150 Wörter = 4 Punkte 3-5 Fehler/150 Wörter = 3 Punkte				6-8 Fehler/150 Wörter = 2 Punkte 9-11 Fehler/150 Wörter = 1 Punkt

Gesamtbeurteilung _____ von 22 Punkten

Note _____

Unterschrift _____

Beurteilungsschlüssel	MS Lehrplan			HS-Lehrplan		
	Note	Punkte	% (gerundet)	Note	Punkte	% (gerundet)
	1	22 - 19	85 %	1	22 - 18	80 %
	2	18 - 17	75 %	2	17 - 15	67 %
	3	16 - 15	65 %	3	14 - 12	53 %
	4	14 - 12	55 %	4	11 - 9	40 %
	5	11 -		5	8 -	



Schulreform jetzt!

Nationalrat Dr. Harald Walser

Dr. Harald Walser (harald.walser@gruene.at)

Die Zeit ist überreif. Eine grundlegende Reform des Schul- und Bildungssystems ist notwendig: „Das derzeitige System mit einer Schullaufbahnentscheidung am Ende der Volksschulzeit ist nicht zeitgemäß.“

Entschuldigung: Das Zitat stammt gar nicht vom Bildungsvolksbegehren. Es stammt aus einer Resolution, die im Jänner diesen Jahres am Landestag der PflichtschullehrerInnen beschlossen wurde. Von allen Fraktionen, also auch den ChristgewerkschafterInnen. Diese Einigkeit tut gut, denn die Krisensymptome unseres Schulsystems sind überdeutlich.

Unser differenziertes Schulsystem erbringt nicht nur schlechte Leistungen, es ist auch ungerecht. Im österreichischen Durchschnitt wechseln nach der Volksschule etwa 33 Prozent aller Kinder in ein Gymnasium. Geographische Faktoren spielen dabei eine entscheidende Rolle. Oder sind die Kinder im Hinteren Bregenzerwald oder in Bezirken wie Hermagor (0,8%) mit einer gegen Null tendierenden AHS-Quote nach der Volksschule dümmer als jene in Wiener Bezirken wie Hietzing (75,8%) oder Innere Stadt (70,3%)?

Ähnlich entscheidend wie der Geburtsort ist die Herkunft. Hat zumindest ein Elternteil eine akademische Ausbildung, geht ein Kind mit einer fast 80-prozentigen Wahrscheinlichkeit in eine AHS-Unterstufe, bei Eltern mit Pflichtschulabschluss sind es nur 12,3 Prozent.

Natürlich ist die Hauptschule keine Sackgasse. Aus ländlichen Gebieten machen sogar überdurchschnittlich viele Kinder nach der Hauptschule noch eine Matura - an der statistisch messbaren Benachteiligung dieser Regionen ändert das aber nur wenig. Die Maturaquoten hinken weit hinterher. Das verschweigen die schwarzen Reformverhinderer ihrer ländlichen Anhängerschaft.

Und auch das viel strapazierte „Leistungsprinzip“ hat für sie in der Schule offensichtlich keine Geltung. Laut PISA schaffen es trotz der frühen „Aussortierung“ nur drei Prozent aller SchülerInnen in den drei Testbereichen Lesen, Mathematik und Englisch in die Spitzengruppe. In Finnland lernen alle Kinder bis zum 15. Lebensjahr in einer Gemeinsamen Schule. In die Spitzengruppe schaffen es gleich dreimal so viele (9 %) wie bei uns. Und die RisikoschülerInnen? In Österreich können 28 Prozent der 15-Jährigen nicht sinnerfassend lesen, in Finnland sind es acht Prozent.

Mit dem Leistungsargument kann man unser Schulsystem also nicht verteidigen.

Auch die Ergebnisse der Hirnforschung und der Entwicklungspsychologie zeigen: ein Umdenken ist notwendig. Kinder haben nun mal nicht alle die exakt gleichen Lernfortschritte und auch fast gleichaltrige Kinder haben ein unterschiedliches Lerntempo. Unser Schulsystem muss mehr individuelles Lernen ermöglichen.

Die Reform-Konzepte liegen auf dem Tisch. Aber parteipolitisches Hickhack und eine falsch verstandene Standespolitik verhindern die notwendigen Maßnahmen.

Wir brauchen die Aufwertung der Kindergärten, ein modernes, unbürokratisches und vom Parteieneinfluss befreites Schulsystem, wir brauchen eine moderne und leistungsfähige Gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum 14. Lebensjahr. „Österreich darf nicht sitzen bleiben!“ Das Bildungsvolksbegehren bietet die Chance, die Fronten aufzubrechen.



**ÖSTERREICH
DARF NICHT
SITZEN
BLEIBEN**

**VOLKSBEGEHREN
BILDUNGSINITIATIVE**

Unterstützen Sie das Volksbegehren vom 3. bis zum 10. November durch Ihre Unterschrift in Ihrem Gemeindeamt / Rathaus

Sie fragen, wir antworten

ZUVERDIENST IN DER FRÜHPENSION



Ich bin pragmatisiert und wurde vor einigen Monaten krankheitshalber frühpensioniert. Wie viel kann ich in der Pension monatlich dazuverdienen, ohne dass meine Pension gekürzt wird?



Bereits 2005 wurden die sogenannten Ruhensbestimmungen vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben. Das bedeutet, dass BeamtInnen zusätzlich zu ihrer Pension unbegrenzt dazuverdienen können. Das gilt auch bei Frühpensionierungen.

Wird bei Zuverdienst die Geringfügigkeitsgrenze (2011: € 374,02 pro Monat; wird jährlich angepasst) nicht überschritten, fällt keine Steuerpflicht an. Für ASVG-FrühpensionistInnen gibt es nach wie vor bis zur Erreichung des Regelpensionsalters Ruhensbestimmungen.

SCHULAUTONOME TAGE



Wir haben im Kollegenkreis über die schulautonomen Tage in diesem Schuljahr diskutiert und sind uns nicht einig geworden. Deshalb meine Fragen: Wie viele Tage können die Schulen autonom bestimmen? Gibt es die Möglichkeit, einen zusätzlichen Tag zu beantragen?



Dieses Schuljahr stehen den Schulen 4 schulautonome Tage zur Verfügung. Wenn einer dieser vier Tage für schulinterne Fortbildung, Besuch der IMTA, Klausurtag etc. verwendet wird, kann beim Bezirksschulrat um einen zusätzlichen Tag angesucht werden. Dieser muss allerdings auch wieder der schulischen Fortbildung dienen.

IL- UND IIL-VERTRÄGE



Ich bin seit 1. September 2011 im Schuldienst und habe einen IIL-Vertrag erhalten. Nun würde mich interessieren, ob ich mit einem solchen Vertrag weniger verdiene als ein/e LehrerIn mit einem IL-Vertrag.



IIL-LehrerInnen werden nach Jahreswochenstunden entlohnt, es gibt keine Vorrückungen, der Vertrag ist befristet. IL-LehrerInnen haben einen eigenen Gehaltsstaffel und rücken alle 2 Jahre in die nächste Gehaltsstufe vor, keine Befristung des Vertrages. Ab der 4. Gehaltsstufe verdient ein Kollege bzw. eine Kollegin mit IL-Vertrag mehr als eine LehrerIn mit IIL-Vertrag.



„Wenn´s dir hier nicht passt, dann geh!“

Walter Moosbrugger (walter.moosbrugger@gmx.at)

Wiederholt kommt es zu Klagen von Lehrern/Lehrerinnen, wenn sie neuerdings von ihren Vorgesetzten, primär von Schulleitern/Schulleiterinnen, mehr oder weniger unverhohlen zum Verlassen der Schule gedrängt werden. Auffallend ist bei den Angaben an die Personalvertretung, dass nicht vordergründig „schlechte“ Lehrer/innen zum Ausfüllen des Versetzungsgesuches gebeten werden, sondern „lästige“, sprich kritisch hinterfragende, durchaus überdurchschnittlich engagierte Lehrer/innen. Hier wäre einmal festzustellen, dass in jenen Fällen der Satz „Wenn´s dir hier nicht passt, dann geh!“ natürlich auch umgekehrt für die Schulleiter/innen gelten sollte. Wenn schon, denn schon!

Eines ist sicher: Noch vor wenigen Jahren waren solche Aussagen (siehe Überschrift) von Schulleitern/Schulleiterinnen nicht zu hören. Von unbegründeten Zwangsversetzungen ganz zu schweigen. Damals, so scheint es, hielt noch nicht der neomodische Management-Stil mit der Ellbogenmentalität Einzug in Direktionszimmern.

Die Individualpsychologie von Alfred Adler (1870-1937) trifft die Problematik ziemlich genau auf den Punkt: Adler nahm an, dass jeder Mensch mehr oder weniger stark ausgeprägte Minderwertigkeitskomplexe habe. Um diese zu kompensieren, streben manche mit allen Mitteln nach Anerkennung und Geltung. In Führungspositionen würden Minderwertigkeitskomplexe oft mit Opfermentalität und der Einführung von autoritären Machtstrukturen kompensiert. Denunzierungen engagierter Lehrer/innen und massive Ungleichbehandlungen von Kollegen und Kolleginnen sind Folgen dieses Denkens.

Dazu kommt, dass neuerdings manche Schulleiter/innen nach Gutdünken bzw. Sympathie entscheiden, ob Lehrer/innen etwa an PH-Kursen nicht teilnehmen oder teilnehmen dürfen. Getreu dem Motto „Ätsch, ich sitze am längeren Ast!“ Dabei wäre meiner Meinung nach zu prüfen, ob ein/e Schulleiter/in überhaupt befähigt ist, einen PH-Kurs für sinnlos, unnötig oder „schad´ ums Geld“ zu befinden.

LEITUNG AUF LEBENSZEIT

Fakt ist: Beschwerden von Lehrer/innen über Mobbing und Bossing gab es vor wenigen Jahren definitiv weniger! In Anbetracht mancher Führungsstile ist es schon

beinahe eine gefährliche Drohung, wenn ALLEN Leitern/Leiterinnen eine nahezu unbegrenzte Personalhoheit zuerkannt werden soll - und das in einem System, in dem jede/r mit dem richtigen Parteibuch bzw. der richtigen Farb-Präferenz auf „Lebenszeit“ die Schule leiten kann und sich somit nie mehr einem Hearing stellen, Erfolge oder Sozialkompetenzen vorweisen muss.

PERSONALHOHEIT FÜR LEITER/INNEN KANN DURCHAUS SINN MACHEN, ABER NUR DANN, WENN...

- die Schulleiter/innen wie etwa in Finnland, in der Schweiz usw. von einem unabhängigen Gremium gewählt werden.
- das Parteibuch keine Rolle spielt.
- die Schulleitungsposition nach einer gewissen Zeit neu ausgeschrieben wird.
- die Lehrer/innen genauso wie Eltern und Schüler/innen ein tatsächliches Mitspracherecht bei der Neuausschreibung bzw. Neubesetzung haben.
- die Schulleiter/innen über ein eigenes Budget verfügen und mit diesem, ohne komplizierte behördliche Instanzenwege, einen bestmöglichen Unterricht ermöglichen können.
- Sie für die Erreichung der Bildungsziele gerade stehen müssen, denn nur dann ist das Interesse an guten, aber vielleicht etwas kritischen Lehrer/innen in erster Linie aufs Fachliche beschränkt.
- die Lehrer/innen nach einer halbjährigen Probe-phase definitiv angestellt werden, um auch eine notwendige Sicherheit (Hausbau, Einfügen ins Dorfleben, ...) zu haben.

Die betont konservative Zeitung „Die Presse“ (diePresse.com) widmete am 24. März diesem Thema eine kleine Randnotiz:

Die Regierungsparteien haben diese Woche den sogenannten Bildungsfahrplan beschlossen. Darunter die weitgehende Abschaffung des Sitzenbleibens und stattdessen die Einführung eines Kurssystems in der Oberstufe, Neue Mittelschulen statt Hauptschulen und ein neues Profil für Schulleiter.

„...Auf die neuen Anforderungen für Direktoren müsste in der Lehreraus- und -weiterbildung eingegangen werden“, sagt ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon, der das Paket mitverhandelt hat. „Schulleiter müssten von administrativen Aufgaben entlastet werden.“

*„... um Direktorenbestellungen nach Parteibuch entgegenzuwirken, über die immer wieder geklagt wird, soll es verbesserte Verfahren geben“, so VP-Bildungssprecher Amon. Ein wesentlicher Punkt sei, dass **Direktoren künftig auf Zeit bestellt werden sollten.***

Bis dahin würde ich mir für die betroffenen Lehrer/innen wünschen, dass sich alle angesprochenen Schulleiter/innen an den vielen guten Beispielen im Land (eindeutig die Mehrheit) orientieren. Diese leiten ihre Schulen hervorragend in vielerlei Hinsicht, sind selbstbewusst, engagiert und sehen in „kritischen“ Lehrer/innen eher das Potenzial für notwendige Verbesserungen und sachliche Diskussionen, als lediglich „läs-

tige“ Personen, die nicht alles einfach kopfnickend zur Kenntnis nehmen.

Aber wie schon in meinem im Herbst veröffentlichten Schulnotizen-Bericht über „Bossing – Mobbing durch die Führungsperson“ zeigt sich eben in solchen Situationen die menschliche, soziale und auch fachliche Führungsqualität. Wer solche Sätze (siehe Überschrift) wiederholt äußert, lässt außer vielleicht Managementstil viel Potenzial vermissen. Solche Sätze sind einer Führungskraft nicht würdig. Wer „devote“ Mitarbeiter mehr schätzt als engagierte, kritische, lebendige Mitarbeiter, ist in der modernen Schule des 21. Jahrhunderts nicht an der richtigen Stelle, aber trotzdem bis zur Pensionierung definitiv bestellt und somit auf Grund der Hierarchie im Schulsystem leider fast immer im „Recht“. Wenn nur alle von uns bei der Behörde diesen Rückhalt hätten...

Wer „devote“ Mitarbeiter mehr schätzt als engagierte, kritische Mitarbeiter, ist in der modernen Schule nicht an der richtigen Stelle.

Mein Tipp: Unbedingt einer Gewerkschaft beitreten, um gegebenenfalls beim Arbeitsgericht (Berufsschutzversicherung) das objektive „Recht“ bei Mobbing bzw. Zwangsversetzung erwirken zu können. Die Personalvertreter stehen mit Rat und Tat zur Seite.

Wer nun meint, ich übertreibe ein wenig, der irrt sich. Leider. Konkrete Beispiele liegen auf dem Schreibtisch der Personalvertretung. Mehr darüber in einer der nächsten Ausgaben der „Schulnotizen“.

Weiterlesen

<p>Achtung, meine Adresse ändert sich! Ich bekäme die schulnotizen dennoch gerne weiterhin zugeschickt!</p>	<p>Senden Sie diesen Coupon bitte an:</p> <p>Willi Schneider Kehlerstraße 22a 6900 Bregenz</p>
<p>Adresse bisher:</p> <hr/> <p>ANSCHRIFT NEU:</p>	



Bildung auf einen Blick 2011

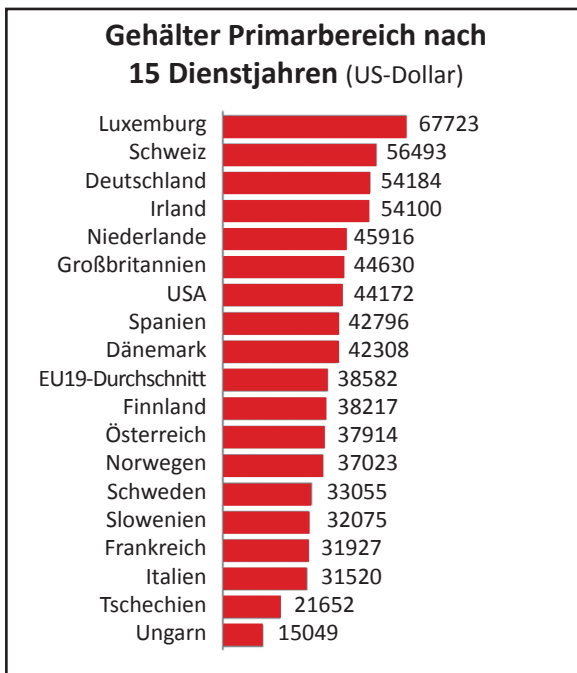
Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

Der neue OECD-Bericht zum Thema Bildung wurde kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf über 500 Seiten werden Bildungsausgaben, Gehälter, Bildungsstand, Klassengrößen, Betreuungsverhältnis an Schulen, Unterrichtszeit für Schüler, Anteil der Schüler an Privatschulen, Studienanfängerquote und vieles mehr präsentiert.

Wer daran Interesse hat, findet auf dieser Homepage www.freielehrer.at einen Link, über den man den gesamten Bericht herunterladen kann.

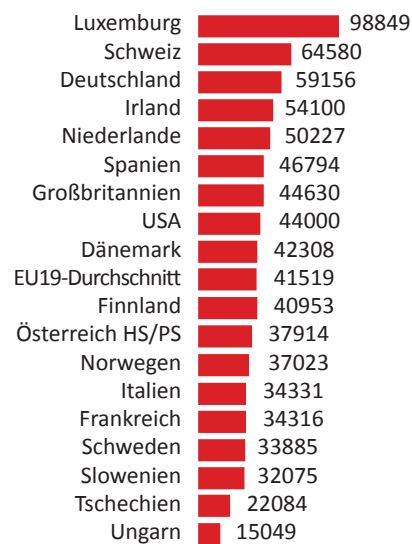
GEHÄLTER DER LEHRER

Gleich vorweggenommen: Die Gehälter sind in US-Dollar angegeben, wurden von der OECD kaufkraftbereinigt und sind deshalb vergleichbar. Dabei fällt sofort auf, dass besonders die österreichischen Junglehrer sehr schlecht abschneiden. Auch nach 15 Dienstjahren liegt Österreich unter dem EU19 Durchschnitt. Nur bei den Gehältern gegen Ende der Lehrerkarriere kämpft sich unser Land langsam zur Spitze Europas vor. Leider hat sich die OECD nicht die Mühe gemacht, die Lebensverdienstsumme eines Lehrers auszurechnen. Dann wäre ein Vergleich noch interessanter.



Der OECD-Bericht unterscheidet nicht zwischen HS- und AHS-LehrerInnen, sondern alle LehrerInnen im Sekundarbereich I werden in einen Topf geworfen. Um einen korrekten Vergleich zu haben, wurde der wirkliche Gehalt der HS/PS-LehrerInnen in die Statistik eingefügt.

Gehälter Sekundarbereich nach 15 Dienstjahren (US-Dollar)



SCHULDEN FÜR BILDUNG RECHNEN SICH

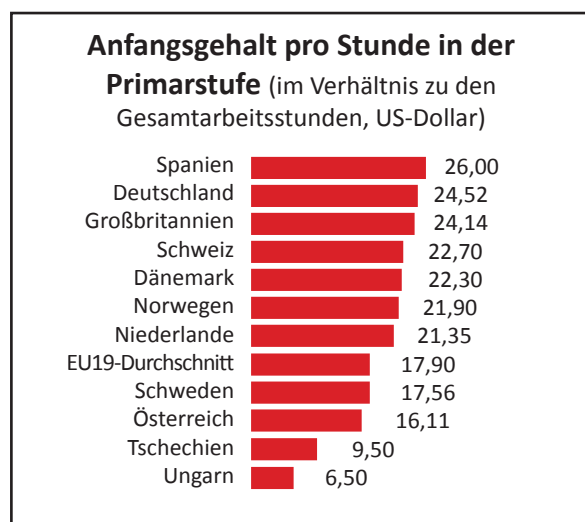
Die OECD empfiehlt den Regierungen Investitionen im Bildungsbereich, und zwar selbst dann, wenn dadurch Schulden gemacht werden müssen. Grund: Durch höhere Steuer- und Sozialabgaben von Akademikern bliebe dem österreichischen Staat selbst nach Abzug der für ein Studium aufgewendeten öffentlichen Mittel bei Männern ein Nutzen in Höhe von 92.000 Euro, also mehr als doppelt soviel wie ein Staat pro Student aufwendet.

Bildung zahle sich auch für das eigene Konto eines Uni-Absolventen aus: Selbst nach Abzug aller Kosten bleibe ein Netto-Nutzen beim Gehalt von 158.000 Dollar (Frauen: 85.000 Dollar).

Interessant für uns Ländle-LehrerInnen ist ein Vergleich der Gehälter mit der Schweiz. Die Statistik

zeigt uns dabei ganz klar, weshalb es für Vorarlberger Junglehrer so attraktiv ist, sich einen Lehrberuf in der Schweiz zu suchen. Ein genauerer Blick über die Grenze zeigt aber auch, dass es große Unterschiede zwischen den Kantonen gibt. Beträge aus dem Internet: In Zürich verdient ein Primarlehrer als Anfangsgehalt € 72.600, in St. Gallen € 58.000.

Allerdings müssen die Eidgenossen länger in der Klasse stehen und haben auch weniger Ferien. Trotzdem ist der Stundenlohn für Junglehrer in der Schweiz bedeutend besser.



UNTERRICHTSSTUNDEN

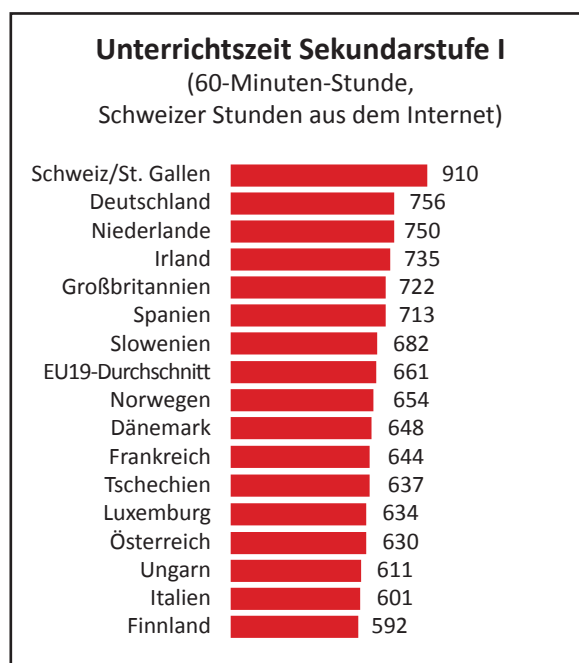
Auch hier wieder dasselbe Problem wie bei den Gehältern. Arbeitsstunden von HS- und PS-Lehrern werden mit jenen der AHS-Lehrer in einen Topf geworfen. Außerdem muss man wissen, dass die OECD-Statistik unsere 50-Minuten-Stunden in 60-Minuten-Stunden umrechnet. Die Pausen werden bei den PrimarlehrerInnen in die Arbeitsstunden hineingerechnet, bei den

Gerhard bloggt:

gerhardunterkofler.blogspot.com



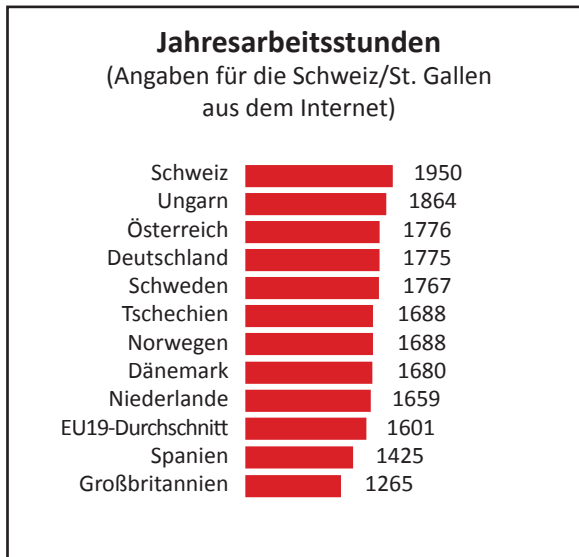
SekundarlehrerInnen nicht. Die OECD geht anscheinend davon aus, dass VolksschullehrerInnen während der Pausen in den Klassen sind, wir Hauptschullehrer aber nicht. Dass wir aber Aufsichtspflicht auch während der Pause haben, scheint sich hier nicht niederschlagen. Deshalb schrumpfen unsere 756 Stunden auf 630 Stunden zusammen, jene der VS-LehrerInnen von 792 auf 779 Stunden. Da dies aber mit den Daten aller untersuchten Länder gleich gemacht wurde, ist ein Vergleich trotzdem möglich.



GESAMTARBEITSSTUNDEN

Auch wenn hier die österreichischen LehrerInnen sehr wenige Stunden in der Klasse stehen, darf man natürlich nicht die große Menge an Zusatzaufgaben vergessen: Nach- und Vorbereitung, Konferenzen, Besprechungen, Elternsprechtage, Koordinationsbesprechungen, Klassenvorstandstätigkeiten, Planung von Projekten, Teilnahme an Schi-, Wien- und Projektwochen, stundenverschlingende Korrekturarbeiten und so weiter.

Daraus resultiert eine vom Rechnungshof überprüfte Gesamtarbeitszeit von 1776 Stunden pro Jahr, ab dem 43. Lebensjahr sind es dann 1735 Stunden. Damit gehört Österreich zu jenen Staaten, die für LehrerInnen die höchste Gesamtarbeitszeit Europas haben. Der EU19-Durchschnitt beträgt übrigens 1601 Jahresstunden.



WEITERE ERGEBNISSE

- Österreich ist Weltmeister bei den berufsbildenden Schulen, denn in kaum einem anderen Land lernt ein so hoher Anteil an Jugendlichen in der Sekundarstufe II im berufsbildenden Bereich. Laut Bildungsexperten dürfte dies der Grund für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit sein.
 - Der Anteil der Hochschulabsolventen bei den 25- bis 64-Jährigen stieg von 11 % (1995) auf 19 Prozent (2009). Doch damit sind wir noch immer meilenweit vom OECD-Durchschnitt (30 Prozent) entfernt.
Dazu einige Länderbeispiele: Deutschland 26%; Schweiz 35 %; Finnland 37 %. Mag sein, dass in
- anderen Staaten mehr Bildungswege als in Österreich mit akademischem Abschluss enden. Doch dieser große Unterschied ist damit wohl kaum zu erklären.
- In keinem anderen Land genießen Akademiker einen so hohen Lebensstandard und so hohe Gehälter wie in Österreich.
 - 20 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 bis 19 Jahren befindet sich in Österreich nicht mehr in Ausbildung, während in anderen Ländern dies nur 10 Prozent sind.
 - Österreichs Bildungsausgaben sind niedrig und gemessen am BIP zwischen 1995 (6,2 %) und 2008 (5,4 %) sogar gesunken. Österreich gibt 11,2 % der Gesamtausgaben für Bildung aus, dies liegt unter dem OECD-Schnitt. Allerdings sind die Ausgaben pro Schüler/Studenten mit 11.852 US-Dollar sehr hoch (4. Platz).
 - Der Anteil an Privatschulen liegt in Österreich unter dem OECD-Niveau.
 - Mit 15,1 % hatte Österreich im Jahre 2009 hinter Großbritannien und Australien den höchsten Anteil an ausländischen StudentInnen. Der größte Teil kam aus Deutschland.
 - Die durchschnittliche Klassengröße lag 2009 in Österreich in der Volksschule bei 18,9 Kindern und im Sekundarbereich bei 22,6 Kindern. Damit liegt Österreich besser als der OECD-Schnitt.



Nicht nur erfreuliche Nachrichten

Armin Roßbacher (armin.rossbacher@gmx.at)

SPEZIALPOOL – ÜBER 30 % STEIGERUNG

Äußerst angespannte Personalsituation, teilweise enorm viele Überstunden – so präsentierte sich der Beginn des Schuljahres 2010/11. Dementsprechend waren die Erwartungen für den sogenannten Spezialpool, ein Rückgang der Anträge war zu befürchten.

Die erfreuliche Überraschung am Ende des Schuljahres: Über 30 % Steigerung gegenüber des Vorjahres! Das bestätigt die Einschätzung der Kommissionsmitglieder: Viele LehrerInnen sehen in den schulinternen Zusatzstunden eine wertvolle Ergänzung ihrer Unterrichtsarbeit und nehmen dafür auch eine befristete zeitliche Mehrbelastung auf sich.

SABBATICAL – FEHLMELDUNG

Nur kurz währte die Hoffnung, unmittelbar nach Erscheinen der letzten „Schulnotizen“ war klar: Sabbaticals werden in Vorarlberg weiterhin nur gewährt, wenn das Freijahr direkt vor der Pensionierung konsumiert wird.

Die Argumente der Personalvertretung, wonach in den Jahren 2014 und 2015 kaum Pensionierungen anstehen, fielen nicht auf fruchtbaren Boden. Das ist enttäuschend, aber nicht zu ändern. Für das nächste Jahr ist ein neuerlicher Vorstoß schon vorgesehen.

PERSONALSITUATION – KEINE ENTSPANNUNG IN SICHT

Nicht ganz so schlimm wie befürchtet stellte sich die Personalsituation am Beginn des neuen Schuljahres dar. Praktisch alle Stellen konnten besetzt werden.

Einige Faktoren waren dafür verantwortlich: Mehr KollegInnen als angenommen kehrten früher aus ihrer Karenzzeit in den Schuldienst zurück, auch LehrerInnen aus anderen Bundesländern bzw. aus Deutschland sorgten für eine kurzfristige Beruhigung der Beschäftigungslage.

Nicht vergessen sollte man, dass der Überstundenschnitt auch in diesem Schuljahr sehr hoch ist. Was

manche als willkommenes finanzielles Zubrot gerne zur Kenntnis nehmen, ist für viele KollegInnen besonders im fortgeschrittenen Alter eine große Belastung. LehrerInnen gehen nicht selten an ihre Leistungsgrenze oder sogar darüber hinaus. Ein besonders markantes Beispiel dafür: Eine VS-Lehrerin hat einen komplizierten Beinbruch erlitten, sitzt für längere Zeit im Rollstuhl – und unterrichtet trotzdem!

Die nächsten 2 Jahre werden wir vor einer ähnlichen Herausforderung stehen: Vielen Pensionierungen stehen deutlich geringere Abgängerzahlen an der PH Feldkirch gegenüber. Für eine Entwarnung besteht also kein Anlass.

ZEITKONTO – GROSSES INTERESSE

Seit 2009 gibt es die Möglichkeit, einen Teil oder alle MDL auf ein Konto zu parken und später zu konsumieren. Im Gegensatz zum letzten Jahr, als nur eine geringe Anzahl von LehrerInnen von diesem Angebot Gebrauch machten, stiegen die Anfragen in diesem Schuljahr an uns PersonalvertreterInnen rapid an. Besonders die Möglichkeit, den Pensionsantritt um einige Monate oder gar ein Jahr vorverlegen zu können, veranlasste nicht wenige KollegInnen, auf die Auszahlung der MDL zu verzichten. Zusätzliches Zuckerl: Auch finanziell rentiert sich das Ansparen von Zeitguthaben – mehr dazu in den nächsten „Schulnotizen“.

Jetzt auch auf Facebook

**Freie
LehrerInnen**

FSG / Unabhängige / SLV / VLI



Universitäten, Bachelor und Arbeitnehmerveranlagung

UNIVERSITÄTEN CONTRA PH

Kürzlich stellte die Unterrichtsministerin Reformmaßnahmen für die Pädagogischen Hochschulen der Öffentlichkeit vor, um damit den „akademischen Charakter der PH zu stärken“. Unter anderem sollen an der PH staatlich finanzierte Master ausgebildet werden, und die Pädagogische Hochschule müsse in Zukunft ganz klar universitären Status haben. Das Ziel lautet, die PH solle mit den Universitäten auf Augenhöhe kommen.

Universitäten bremsen die akademische Weiterbildung von PflichtschullehrerInnen.

Postwendend kam ein „Nein“ der Universitäten und auch ÖVP-Wissenschaftsminister Töchterle war nicht gerade erbaut darüber. Da für die Einführung öffentlicher

Masterstudien an der PH eine Gesetzesänderung notwendig wäre, ist dies nur mit der Zustimmung der ÖVP möglich.

Thomas Bulant, FSG-Vorsitzender in der Pflichtschullehrergewerkschaft, kritisiert, dass die Universitäten seit Jahren die akademische Weiterbildung von PflichtschullehrerInnen bremsen würden. „Die Universitäten nehmen für sich in Anspruch, die gesamte LehrerInnenausbildung aus einer Hand anbieten zu können. An der Ausbildung von ElementarpädagogInnen und VolksschullehrerInnen haben sie jedoch kaum Interesse“, so Thomas Bulant.

Leider hätten die Universitäten noch nicht realisiert, dass die wichtigsten pädagogischen Schritte für unsere Jugend im Kindergarten und in der Volksschule gesetzt würden. Seit dem Hochschulgesetz von 2005 hatten die Universitäten Zeit, Masterlehrgänge für die AbsolventInnen der Pädagogischen Hochschulen einzurichten und Kooperationen zu forcieren. Bulant: „Die Jahre hat man mit wenigen Ausnahmen verstreichen lassen und sich weiterhin auf die Ausbildung von SekundarstufenlehrerInnen der Höheren Schulen beschränkt.“

Außerdem warf die Rektorenkonferenz der öffentlichen Pädagogischen Hochschulen den Universitäten vor, in den Lehramtsstudien noch nicht auf die neue Bologna-Studienarchitektur umgestellt zu haben.

Bulant stellt klar, dass die FSG die Reformpläne von Ministerin Schmied unterstützt, weil es notwendig sei, Institutionen zu haben, die sich zu hundert Prozent den LehrerInnen widmen. Der Vorsitzende der Pflichtschullehrergewerkschaft in Vorarlberg, Gerhard Unterkofler, ergänzt: „Wir brauchen eine pädagogische Universität in Vorarlberg, wo LehrerInnen nicht als Wissenschaftler ausgebildet werden, sondern neben der Wissensvermittlung eine gehörige Portion praxisnaher Didaktik und Pädagogik vermittelt bekommen.“ Nur so seien die LehrerInnen für die schwierige Zukunft gerüstet.“

UPGRADING BACHELOR

Durch zahlreiche Initiativen haben sich die Sozialdemokratischen Gewerkschafter für das „Upgrading“ der PflichtschullehrerInnen eingesetzt.

Nun scheint es soweit zu sein. Die Gespräche mit der Gewerkschaft wurden beendet, die Antrags- und Anrechnungsmodalitäten müssen nun laut Gesetz durch das BMUKK in einer Verordnung erfolgen.

Der österreichische Nationalrat hat ja bereits in seiner Sitzung am 17. Juni 2010 für die PflichtschullehrerInnen die Möglichkeit der Nachgraduierung mit dem „bachelor of education“ geschaffen. § 65a des Hochschulgesetzes setzt dafür ein Ergänzungsstudium im Ausmaß von 39 ECTS an den Pädagogischen Hochschulen voraus. Dieses Studium kann teilweise bzw. zur Gänze aufgrund bisheriger Leistungen entfallen. Im Rahmen eines Kompetenzportfolios kann unter anderem Folgendes angerechnet werden:

- berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungen,
- zusätzliche Lehrbefähigungen,
- abgeschlossene Universitäts- oder Fachhochschulstudien,
- Projektbetreuungen,
- Führungstätigkeiten im Schulbereich,
- einschlägige Veröffentlichungen.

Wie die Vorarlberger LehrerInnen zu ihrem Bachelor kommen können, darüber wird die Personalvertretung der „FreienLehrerInnen“ ihre KollegInnen rechtzeitig informieren und mit Rat und Tat zur Verfügung stehen.

SCHENK DEM FINANZAMT KEINEN CENT!

Unter dem Titel „Hol dir dein Geld zurück“ bietet die Gewerkschaft der PflichtschullehrerInnen in der GÖD ihren Mitgliedern im Herbst die Möglichkeit mit Hilfe von Experten des Vorarlberger ÖGB online den Lohnsteuerausgleich (ANV) zu machen. Der Vorsitzende der Pflichtschullehrer Gerhard Unterkofler freute sich über die große Akzeptanz: „Der Termin in Bregenz war völlig ausgebucht und in Bludenz muss ein Ersatztermin ins Auge gefasst werden.“

Jedes Jahr schenken die Beschäftigten dem Finanzminister mehrere Millionen Euro, weil sie die Arbeitnehmerveranlagung nicht machen.

Im vergangenen Schuljahr erbrachte dieser Probegalopp zur ANV für sieben LehrerInnen eine Gesamtgutsschrift von beinahe 15.000 Euro. Eine Kollegin konnte sogar für 5 Jahre fast 6.000 Euro lukrieren. Da lohnt es sich wirklich Mitglied der Gewerkschaft zu sein.



Wichtig: Um die Arbeitnehmerveranlagung durchführen zu können, braucht es einen Online-Code vom Finanzamt. Dieser Online-Code kann übers Internet beantragt oder direkt beim Finanzamt abgeholt werden. Die Termine werden rechtzeitig bekanntgegeben. Wer Interesse an der ANV durch die Gewerkschaft hat, kann sich mit Gerhard Unterkofler in Verbindung setzen: unterkofler.gerhard@aon.at oder Tel. 0664 / 73 71 97 92

VERMÖGENSSTEUER UND ERBSCHAFTSSTEUER

Der ÖGB präsentierte kürzlich sein Modell für die Vermögenssteuer:

- Der ÖGB fordert eine progressive Vermögensbesteuerung, d.h. je größer das Vermögen, desto höher der Steuersatz.
- Vermögen im Wert von weniger als 700.000 Euro sind von der Vermögenssteuer ausgenommen. Die klassischen „Häuslbauer“ haben also nichts zu befürchten: Laut Daten der Nationalbank (2008) liegt das durchschnittliche Immobilienvermögen bei rund 250.000 Euro und wäre somit steuerfrei.
- Der Teil des Vermögens zwischen 700.000 und zwei Millionen Euro wird mit einem Steuersatz von 0,5 Prozent besteuert.
- Vermögen zwischen zwei und drei Millionen werden mit einem Prozent besteuert.
- Vermögensteile über drei Millionen werden mit einem Steuersatz von 1,5 Prozent belegt.
- Wer kein Vermögen über 700.000 Euro besitzt, muss auch keine Erklärung darüber abgeben.
- Das Steueraufkommen wird auf 2,5 bis 3 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.

Immer wieder wird von konservativer Seite darauf hingewiesen, dass es ja ein sozialdemokratischer Finanzminister gewesen sei, der die Vermögenssteuer abgeschafft habe. Das ist auch richtig, doch diese alte Vermögenssteuer wurde von Ferdinand Lacina abgeschafft, weil sie fast ausschließlich auf Betriebsvermögen eingehoben wurde. Auch Unternehmen, die Verluste geschrieben haben, haben gezahlt. Das hat vor allem die Grundstoffindustrie betroffen. Privatvermögen ist hingegen verschont geblieben. In der derzeitigen Diskussion geht es aber um die Besteuerung privater Vermögen. Auch Lacina tritt für eine Vermögenssteuer in dieser Form ein.

Der ÖGB fordert auch eine Erbschafts- und Schenkungssteuer für große Vermögen. Begründung: Wer erbt, leistet nichts. Auch wer etwas geschenkt bekommt, hat dafür nichts geleistet. Und doch: Man muss keinen Cent Steuern bezahlen. Wer aber für das gleiche Einkommen hart arbeiten muss, liefert hingegen 40 Prozent davon an Staat und Sozialversicherung ab. Der ÖGB fordert eine Erbschaftssteuer für große Erbschaften, nicht aber für das sprichwörtliche Sparbuch, das die Oma dem Enkel vererbt. Denn jene Erbschaften, die durch eine Erbschaftssteuer spürbare Einnahmen bringen würden, spielen sich innerhalb der reichsten zehn Prozent der Menschen in Österreich ab.

ANDERE LÄNDER

Der ÖGB weist auch darauf hin, dass es in vielen Ländern bereits höhere Steuern für Reiche gebe. In Frankreich zahlen seit kurzem Bezieher von Jahreseinkommen über

„Ich sehe nicht ein, dass ich weniger Steuern bezahle als meine Sekretärin.“

500.000 Euro bis 2013 eine Sondersteuer von jährlich drei Prozent. In den USA sollen jene, die mehr als acht Millionen Dollar pro Jahr verdienen, in Zukunft

29 Prozent statt bisher 17 bezahlen. In Spanien müssen die rund 160.000 Menschen, deren Vermögen über 700.000 Euro liegen, 0,2 Prozent „Sonderabgabe“ zahlen. Italiener mit mehr als 300.000 Euro Jahreseinkommen zahlen ab Jänner drei Prozent Sondersteuer.

Und: Liliane Bettencourt, reichste Frau Europas und Chefin von L’Oreal in Frankreich, der US-Investor Buffett, Ferrari-Chef Luca di Montezemolo und der österreichische Bauunternehmer Haselsteiner haben alle eines gemeinsam, und zwar wollen sie mehr Steuern zahlen. Warren Buffett z. B. sieht nicht ein, dass er weniger Steuern zahlt als seine Sekretärin.

MITLEBEN – MITFÜHLEN – MITGESTALTEN

Bildungsangebot für Frauen und Männer mit Lebenserfahrung (fünf Module)

Ihre Lebenserfahrung und Ihr Wissen sind gefragt! In fünf dreitägigen Modulen können Sie Kontakte zu Menschen aus Deutschland, Ungarn und Südafrika knüpfen und sich aktiv für eine gerechtere Welt einbringen.

Die Pension ist nicht mehr weit oder dieser neue Lebensabschnitt hat ihren Alltag bereits verändert und Sie fragen sich, wo und wie Sie sich künftig sinnvoll einbringen können? Wenn Sie sich mit globalen Zusammenhängen vertiefend auseinandersetzen möchten und Möglichkeiten suchen, sich für eine gerechtere Welt einzusetzen, sind Sie hier richtig. Die Workshops sollen zu einer grenzüberschreitenden Solidarität beitragen. Grundvoraussetzung dabei ist eine Haltung, die davon ausgeht, dass alle voneinander lernen können – ungeachtet der Herkunft, des Geschlechts, der Religion und der



Hautfarbe. Ausgangspunkt sind dabei eigene biografische Bezüge. So global die Welt mittlerweile auch geworden ist – sind auch die Erfahrungen von Menschen aus Nord und Süd ähnlicher geworden? Dieser Frage gehen wir beispielsweise anhand eines zunehmend virulenten Themas nach: „Junge wandern in Zentren ab, während Ältere in den Dörfern zurückbleiben“.

Das Angebot richtet sich an Menschen ab 50. Die Module bauen aufeinander auf, daher ist eine durchgehende Teilnahme erwünscht.

Termine:

- Block 1: Mi, 18.01.2012, 14:30 Uhr bis Fr, 20.01.2012, 18:00 Uhr
- Block 2: Mi, 14.03.2012, 14:30 Uhr bis Fr, 16.03.2012, 18:00 Uhr
- Block 3 (optional): Do, 31.05.2012 bis So, 03.06.2012, in Berlin
- Block 4: Mo, 03.09.2012, 09:00 Uhr bis Mi, 05.09.2012, 13:00 Uhr
- Block 5: Mo, 22.10.2012, 09:00 Uhr bis Mi, 24.10.2012, 13:00 Uhr

Ort: Bildungshaus Batschuns

Kosten (exkl. Berlin): 150 Euro (Übernachtung in Batschuns möglich; Einzelzimmerzuschlag). Für das Modul in Berlin (optional) wird ein extra Beitrag zu zahlen sein.

Anmeldung und weitere Informationen:

Mag.a Tanja Lebar, Südwind Vorarlberg, Tel. 05572/ 297 52, tanja.lebar@suedwind.at



Ziel verfehlt oder ...?

Willi Schneider (wilhelm.schneider@schule.at)

VORARLBERGER MITTELSCHULE

Der Run auf die Vorarlberger Mittelschule ist erwartungsgemäß ausgeblieben. Die Vorarlberger Mittel- und Hauptschulen verzeichnen im Schuljahr 2011/12 einen Schülerrückgang von 3,4% (absolut: 431) gegenüber 2010/11, die AHS hingegen einen Zuwachs von 0,6 % (Vgl. VN v. 5. 9. 2011). Die Hoffnung von LR Stemer, die Mittelschule sei für AHS-reife SchülerInnen eine Alternative zur AHS-Unterstufe hat sich in Luft aufgelöst. Aber, aus Erfahrung wird man klug. Deswegen wird die ÖVP demnächst die gemeinsame Schule der 10 – 15-jährigen in ihr Bildungsprogramm aufnehmen.

STEUERN STEUERN.

Ca. € 35,00 Grundsteuer fallen jährlich für ein Grundstück von ca. 500 m² Größe, auf dem ein Einfamilienhaus mit 120 m² Wohnfläche steht (berechnet nach den Richtlinien der Wohnbauförderung) an. Das Grundstück befindet sich am Stadtrand von Bregenz in ausgezeichneter Wohn- und Verkehrslage. Die Besitzer dürften und würden sich wahrscheinlich nicht beklagen, würde ihnen ein Betrag von € 70,00 abverlangt. Nun verlange ich keineswegs eine Erhöhung der Grundsteuer um 100 %. Zieht man aber in Erwägung, dass einer Kassierin im Supermarkt 40% ihres Brutto-

lohns „weggesteuert“ wird, dann wäre eine Erhöhung der Grundsteuer zugunsten der erwähnten Kassierin gerechtfertigt.

Die ÖVP verhindert aber durch ihr Nein zur Einführung der Besteuerung von Vermögen über dem Wert von einer Million Euro nicht eine Grundsteuererhöhung für die eingangs erwähnten Hausbesitzer. Die steht gar nicht zur Diskussion. Die kleinen Eigenheimbesitzer werden in der Diskussion lediglich als Schutzschirm für die Vermögen der Millionäre missbraucht. Es soll nichts am Steuersystem geändert werden, es soll also so ungerecht bleiben wie es ist. Die Steuerlast soll weiterhin von den Lohnempfängern und den Konsumenten getragen werden.

Die kleinen Eigenheimbesitzer werden als Schutzschirm missbraucht.

Steuern haben neben der Finanzierungs- auch eine Steuerfunktion. Die Gesellschaft soll also weiter in die Richtung gesteuert werden, die die Wenderegierung ÖVPFBZÖ einschlug, in Richtung einer neoliberalen Gesellschaft, die den Stärkeren freien Lauf und die Schwächeren auf der Strecke lässt. Der Staat wird zum Nachtwächter, bestenfalls ist er dazu da, sich zu bedienen. Das englische Beispiel zeigt, wohin das führen kann.

Lesen

<p>Also gut! Ich bekäme die schulnotizen gerne an folgende Adresse geschickt:</p>	<p>Senden Sie diesen Coupon bitte an:</p>
<p>NAME UND ANSCHRIFT:</p>	<p>Willi Schneider Kehlerstraße 22a 6900 Bregenz</p>
<p>Oder einfach unter schulnotizen@hotmail.com anfordern</p>	



Barbara Sönser
Radioaktivität
 Die Umsetzung in der Hauptschule aus fachwissenschaftlicher und lerntheoretischer Sicht (inklusive Lernzirkel/Stationenbetrieb)

VDM Verlag
 ISBN-13: 9783639350432
 2011, 168 Seiten, € 68,--

Eine etwas ungewöhnliche Buchpräsentation gab es Anfang dieses Schuljahres im Dachboden des Wolfhauses in Nenzing. Die Mittelschullehrerin Barbara Sönser hatte sich im Rahmen ihrer Bachelor-Arbeit mit dem Thema Radioaktivität beschäftigt und sich später zu einer Veröffentlichung entschlossen. „Ich wollte ein schwieriges Thema herunterbrechen, dass es für Schüler spannend aber einfach zu begreifen ist“, legte die Autorin ihre Motivation offen.

Das Buch geht einer Reihe von Fragen auf den Grund: Welche bekannten PhysikerInnen haben sich bereits mit dem Thema Kernphysik beschäftigt? Wie kann SchülerInnen dieses Thema näher gebracht werden? Welche Möglichkeiten bieten Schülerversuche?

Wie der Titel bereits verrät, ist das Buch keine rein wissenschaftliche Abhandlung über Radioaktivität. Der Autorin beschränkt sich auch nicht darauf, den SchülerInnen Grundkenntnisse zu vermitteln, ihr geht es um mehr: „Radioaktivität war für mich schon immer eine unglaublich spannende Thematik, und ich möchte das auch meinen SchülerInnen vermitteln.“

Das Buch beinhaltet auch einen fertig ausgearbeiteten Stationenbetrieb und ist somit eine wert-

volle Hilfe für LehrerInnen für die Planung ihres Unterrichtes.

Barbara Sönser, BEd: Studium für das Hauptschullehramt (Mathematik, Physik und Musik) an der PH Feldkirch. Hauptschullehrerin, Vorarlberg.

Armin Roßbacher



Nikolaus Glattauer
Die PISA-Lüge
 Wie unsere Schule wirklich besser wird
 Verlag Ueberreuter
 ISBN: 978-3-8000-7514-0
 208 Seiten, gebunden, € 19,95

Der PISA-Test wird allgemein als Qualitätsmerkmal von Bildungssystemen gesehen. Aber wie aussagekräftig ist dieses Ranking tatsächlich? Wer schon immer an den PISA-Ergebnissen gezweifelt hat, bekommt nun im neuesten Buch von Nikolaus Glattauer „Die PISA-Lüge“ zumindest einige Fakten geliefert.

Der Autor deckt die Manipulationen rund um die PISA-Studie auf und bricht die PISA-Ergebnisse in provokant-witziger Manier auf den Schulalltag herunter.

Ein Kapitel befasst sich mit „PISA von A bis Z“, ein anderes mit den größten 10 PISA-Lügen. Glattauer entlarvt sogar die veröffentlichten Rankings als Mogelpackung, und er zeigt auf, wie mit den Migrantenkindern getrickt wird. So gebe es unter den Risikoschülern einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Damit seien sie sehr wohl für das schlechte Abschneiden von Österreichs Jugendlichen verantwortlich. Aber solange diese Jugendlichen vom Schulsystem aussortiert werden und in Hauptschulen unter sich bleiben, sei eine

Änderung nicht in Sicht. Für Glattauer ist es notwendig, flächendeckend eine Ganztageschule einzuführen, um gefährdete Jugendliche vor nachmittäglicher Verwahrlosung zu schützen, er fordert auch die Einführung der gemeinsamen Schule. Außerdem sollten Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache nach einem Schlüsselsystem auf verschiedene Schulen aufgeteilt werden, um Integration zu ermöglichen.

Gerhard Unterkofler



Wolfgang Herrndorf
tschick
 Roman
 Rowohlt Berlin 2010
 ISBN-978-3-87134-710-8
 253 Seiten, € 16,95

Der 2011 schon in 7. Auflage gedruckte Roman erzählt die Geschichte zweier sehr unterschiedlicher Klassenkameraden, welche sich zufällig in den beginnenden Ferien treffen, zur Abschlussparty von Tatjana nicht eingeladen sind und so beschließen, in einem „ausgeliehenen“ Auto Tschicks Großvater zu suchen. Auf der Reise begegnen die beiden 14jährigen einem rätselhaften Mädchen, treffen einen seltsamen Einsiedler in einem der leer-vergessenen Orte eines aufgelassenen Kohlebergwerkes, versuchen Treibstoff zu organisieren. Und damit beginnt eine Reise ohne Karte und Kompass durch die sommerglühende deutsche Provinz, unvergesslich wie die Flussfahrt von Tom Sawyer und Huck Finn.

Dieser „Jugendroman“ gehört – wie eine Kollegin meinte – zur Pflichtlektüre. Lesenswert allemal für Jugendliche und für Erwachsene, dieser schöne, traurige Abenteuerroman!

Alice Gensberger